Abonnementspreis
bei der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen vereinzelter Gegenstände (6gespalten) 30 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 422. **Montag** den 7. December 1891. 85. Jahrgang.

Polnische Politik.

* An verschiedenen Stellen ist in der Presse bereits den Empfindungen Ausdruck gegeben, welche sich der deutschen Bevölkerung in den ehemals polnischen Landestheilen bemächtigt haben, seitdem die preußische Regierung in der Polenfrage den alten Curs verlassen hat, in der Hoffnung, durch Nachgiebigkeit die Polen zu treuen preußischen Unterthanen und deutschen Reichsbürgern zu machen. Zu oft und zu deutlich ist schon hervorgetreten, wie jede Maßregel, durch welche die Regierung auf polnische Wünsche einging, statt Dank zu finden, nur eine Erhöhung polnischen Selbstbewußtseins, eine Verminderung der Achtung vor der Kraft des preußischen Staats zur Folge gehabt hat. Der Zweifel an der Standhaftigkeit der preußischen Verwaltung ließ und läßt jetzt die weitestgehenden Wünsche polnischer Fanatiker zur Sprache kommen.

Von welchen unheilvollen Folgen die Verordnung des Cultusministers in Betreff des polnischen Privatunterrichts gewesen ist, wie sich der Widerwille polnischer Hetzer gegen die Erlernung des Deutschen mit erneuter Stärke kundgegeben hat, und wie hierdurch die Erfolge, welche die sprachliche Annäherung der Polen an ihre preußischen Landsleute auch in Bezug auf das staatliche Empfinden der ersteren hervorbringen sollte, in Frage gestellt sind, wird wohl allenthalben auch außerhalb der ehemals polnischen Landestheile empfunden.

Schlimmer aber und besorgnißerregender als die Aussicht auf diese Trübung der Verhältnisse in den Provinzen Posen und Westpreußen ist die Wahrnehmung, daß die Maßnahmen der preußischen Regierung in unmittelbarem Zusammenhang zur auswärtigen Politik des Reiches zu stehen scheinen. Allgemein wurde vermuthet — und Herr von Caprivi hat es in seiner Reichstagsrede offen ausgesprochen —, daß die Wahl des Herrn von Stablewski zum Erzbischof von Posen mit besonderer Rücksicht auf sein Verhalten auf dem Katholikencongreß in Thorn erfolgt sei. Herr von Stablewski trat damals für einen Anschluß der Polen an die deutsche Reichsregierung mit der Hindeutung auf etwaige Verwickelungen mit Rußland ein — natürlich doch nur, damit der Zweck und Preis eines solchen Krieges die Wiederherstellung Polens sei. Diesen Gedanken hört man in der Provinz Posen, wie den „Hamb. Nachr." von dort geschrieben wird, zur Zeit nur allzu häufig offen aussprechen, und Herr J. v. Mycielski-Kobylepole spricht nicht nur seine persönliche Ansicht aus, wenn er in seinem „offenen Brief an die deutschen Einwohner der ehemals polnischen Landestheile" erklärt, daß die Polen den Traum nach einem freien polnischen Vaterlande niemals aufgeben würden, er glaube aber und hoffe zuversichtlich, daß die Verwirklichung dieser Idee nicht gegen Deutschland, sondern im Gegentheil im Einverständniß und unter Mitwirkung Deutschlands stattfinden werde.

Solche Aeußerungen polnischen Selbstgefühls und polnischer Hoffnungsfreudigkeit gehen in die Presse über, ohne daß die Regierung es für nöthig hält, zu erklären, daß das Schlagwort von der Nothwendigkeit eines Polenreiches als Vormauer gegen asiatische Barbarei für jeden mit der preußischen Geschichte vertrauten Politiker eine haltlose Phrase sei. Was wiegt dieses Schlagwort gegenüber der Thatsache, daß es seit der letzten polnischen Theilung zwischen Rußland und seinem westlichen Nachbarn niemals, mit Ausnahme einer kurzen Episode aus den Napoleonischen Kriegen, zu kriegerischen Verwickelungen gekommen ist? Oft genug sind Preußen und Rußland zu der Ueberzeugung gelangt, wie sehr sie gerade durch die gemeinsame polnische Gefahr auf gute Beziehungen und gegenseitige Hilfe angewiesen sind. Auch jetzt noch ist nicht abzusehen, was uns mit unserem östlichen Nachbar entzweien sollte, so lange beide Länder das gemeinsame Ziel der Niederhaltung Polens im Auge behalten und jeder überzeugt ist, daß des andern Politik sich in gleicher Linie bewegt.

Besonders Rußland, dem die Verwaltung seiner ehemaligen polnischen Landestheile wegen ihrer Größe viel schwerer fallen muß, als uns die der unsrigen, hat alle Ursache, darüber zu wachen, daß großpolnische Bestrebungen niedergehalten werden und andererseits mißtrauisch zu werden, wenn solche Bestrebungen aus deutsch-polnischen Kreisen unter den Augen und, wie man vermuthen kann, unter Begünstigung seitens der deutschen Reichsregierung ihre Nahrung erhalten.

Gewiß liegt es nicht im Geringsten in der Absicht der Reichsregierung, das herbeizuführen, was sich als Folge ihres Vorgehens, ihres Schweigens zu den jetzt allzu lauten großpolnischen Phantasien darstellen muß. Um so mehr würde es aber ihre Pflicht sein, in den friedliebenden, gemäßigten russischen Kreisen nicht das geringste Mißtrauen aufkommen zu lassen. Es wäre daher sehr wünschenswerth, wenn der Regierung die Gelegenheit gegeben würde, die Möglichkeit einer Wiedergeburt Polens ein für allemal in das Reich der Fabel zu verweisen.

Leipzig, 7. December.

* Der Abgeordnete Baumbach, der zweite Vicepräsident des Reichstags, hat mit Unterstützung seiner Gesinnungsgenossen aus der deutschfreisinnigen und der Volkspartei für die zweite Berathung des Reichshaushaltsentwurfs beim Etat des Reichstags den Antrag eingebracht, den Bundesrath zu ersuchen, eine Aenderung des Artikels 32 der Reichsverfassung in dem Sinne herbeizuführen, daß die Mitglieder des Reichstags aus Reichsmitteln Diäten und Reisekosten erhalten. Wir bedauern lebhaft, daß diese Herren so wenig Verständniß für die jetzige innere Lage haben, daß sie sich nicht scheuen, eine Doctorfrage wieder aufs Tapet zu bringen, von der sie im Voraus wissen müssen, daß sie kein praktisches Ergebniß haben wird. Was den Wunsch nach Ersatz der Reisekosten betrifft, so ist dem entgegen zu halten, daß die Reichstagsabgeordneten ja in ausgedehntem Maße freie Fahrt auf den Eisenbahnen haben. Daß aber gerade die Freisinnigen es sind, welche diesen Antrag einbringen, entbehrt nicht eines komischen Beigeschmacks. Mit welcher Entrüstung wissen sie immer Interessenpolitik im weitesten Sinne des Wortes zu bekämpfen, und jetzt sind sie es, die auf neue Ausgaben drängen, und das zu einer Zeit, wo ihr Wortführer Rickert Sparsamkeit über Sparsamkeit zur dringendsten Pflicht macht, nützliche Ausgaben nicht bewilligen, jede Ausgabe, die nicht unbedingt nothwendig und dringlich ist, zur Zeit zurückstellen wollte. Man sieht wieder einmal deutlich, wie wenig ernst gemeint solche Redensarten sind. Die Kosten für 15 ℳ Tagesdiäten würden im Reichstag nahezu täglich 6000 ℳ, also allein für das letzte Jahr die Gesammtsumme von etwa 2 160 000 ℳ erfordern. Das ist natürlich für diese Herren nur eine belanglose Kleinigkeit; 40 000 ℳ für die Förderung einer wichtigen wissenschaftlichen und vaterländischen Arbeit aber ist ihnen eine ungeheuere Summe, dafür sind sie nicht zu haben. Für solche Arbeiten ist die Finanzlage zu knapp. Aber auch abgesehen vom jetzigen Zeitpunct müssen wir den freisinnigen Antrag um so mehr für bedauerlich halten, weil er zu einer unnützen Zeitverschwendung in dieser Zeit einer schon übermäßigen parlamentarischen Belastung führt. Darüber herrscht nicht der geringste Zweifel, daß dieser so oft vergeblich gestellte Antrag vom Bundesrath unbedingt verworfen werden wird. Der Bundesrath hat in dieser Frage so oft Gelegenheit gehabt, seine bestimmte Meinungsäußerung kund zu thun, daß eine Aenderung derselben, zumal nicht die geringste Aenderung der Sachlage vorliegt, ausgeschlossen ist. Der Vorwand, daß die Nichtbewilligung von Diäten der Grund der häufigen Nichtbeschlußfähigkeit des Reichstags sei, ist einerseits geradezu beleidigend für den Pflichteifer der Abgeordneten selbst, andererseits auch sachlich unstichhaltig. In der letzten Tagung des Abgeordnetenhauses, dessen Mitglieder Diäten beziehen, war die Beschlußunfähigkeit des Hauses tage- und wochenlang hergebracht; der Hauptführer der freisinnigen Partei zeichnete sich mit mehreren seiner Fractionsgenossen durch nahezu regelmäßige Abwesenheit aus, sodaß selbst in nicht scherzhaften Fragen meistens Dr. Alexander Meyer das Haus über die Ansichten der deutschfreisinnigen Partei zu belehren genöthigt war. Umgekehrt pflegen im Reichstag meist die ständig in Berlin wohnenden Abgeordneten, denen die Diätenfrage doch gleichgiltig sein könnte, viel häufiger den Sitzungen fernzubleiben, als die außerhalb Berlins wohnenden.

* Die wiederholt besprochene Angelegenheit der Vertretung der deutschen Inhaber türkischer Werthe im Verwaltungsrath der türkischen Schuld, bezw. die Demission des wirklichen Legationsraths Gerlich als Mitglied des letzteren, hat auch eine politische Seite, welche an Unerquicklichkeit hinter der finanziellen nicht zurücksteht. Kurz gesagt, ist nach der „Allg. Ztg." der Sachverhalt folgender: Herr Gerlich ist schließlich ausgeschieden, nachdem seiner Ansicht nach der Verwaltungsrath unter Führung des englischen Mitgliedes Caillard über seine Befugnisse hinaus sich zu Finanzoperationen hergab, welche mehr das Interesse der betheiligten Finanzinstitute, Ottoman-Bank, S. Bleichröder ꝛc., als dasjenige der Türkei oder der Gläubiger wahrten, und speciell die Rechte der deutschen Gläubiger benachtheiligten oder bedrohten; nachdem er weiter sehen mußte, daß seine Proteste durch die Zustimmung des Bankhauses Bleichröder zu den Schritten des Conseils, speciell zu der vorjährigen Conversion, hinfällig gemacht wurden. Das Bankhaus S. Bleichröder in Berlin bildet thatsächlich für sich allein das „Syndicat" der deutschen Inhaber türkischer Werthe, deren Vertretung ihm bei der großen Sanirungsoperation der türkischen Finanzen im Jahre 1881 übertragen war; ob sie ihm rechtlich heute noch zusteht, ist jedenfalls zweifelhaft und wird von dem in Bayern gebildeten Schutzcomité bestritten. Trotzdem hat das Bankhaus Bleichröder jetzt — wie es behauptet, aber von anderer Seite gleichfalls bestritten wird, „unter Zustimmung der hervorragendsten Bankanstalten und sonstiger Interessenten" — den Consul Ferié zum Nachfolger Gerlich's ernannt. Legationsrath Gerlich, auf den Fürst Bismarck große Stücke hielt, war seinerzeit auf des Letzteren Initiative zum Mitglied des Konstantinopeler Conseil d'Administration de la dette publique ottomane, in welchem ein deutsches, ein englisches, ein französisches, ein österreichisches, ein italienisches und ein türkisches Mitglied sitzen, bestellt worden und wurde zur Uebernahme dieser Stelle als vortragender Rath im deutschen Auswärtigen Amt beurlaubt oder zur Disposition gestellt. Das Bankhaus Bleichröder hätte schon damals lieber eine von ihm abhängigere Persönlichkeit in jene Stelle gebracht. Fürst Bismarck maß aber mit vollem Recht diesem Konstantinopeler Posten auch eine gewisse politische Bedeutung bei, da an und für sich eine internationale Körperschaft, welche den größten Theil der türkischen Staatsschuld verwaltet, eine gewichtige Stellung einnimmt, und jede Stärkung des deutschen Einflusses in Konstantinopel im Interesse der Reichspolitik liegen muß. Jetzt scheint das Auswärtige Amt in Berlin anderer Meinung zu sein. Herr Gerlich fand an ihm neuerdings keine Stütze mehr, aber man ließ ihn auch frei schalten, wie er wollte. Das Auswärtige Amt ließ zu, daß der, im Reichsdienst zur Disposition gestellte kaiserliche Beamte Gerlich, der statt in unbekümmerter Ruhe seine 50 000 Franken Gehalt zu verzehren, es für seine Pflicht hielt, um die Interessen seiner Schutzbefohlenen wirklich zu wahren, Mühe und Anfeindungen auf sich zu nehmen, daß dieser deutsche Vertreter vom Hause Bleichröder gemaßregelt und aus dem Conseil in einer für das deutsche Ansehen in Konstantinopel nichts weniger als förderlichen Weise hinausgedrückt, der ganze Conflict in höchst unerquicklicher Weise zugespitzt und gelöst wurde. Hätte das Auswärtige Amt sich nun auch gar mit der Ernennung des Nachfolgers, des Consuls Ferié, durch die Firma Bleichröder einverstanden erklärt und wäre Herr Ferié nicht vollständig aus dem Reichsdienste ausgeschieden — was nicht der Fall zu sein scheint — so wäre das ein noch schlimmeres Zeichen der Schwäche gegenüber der vom Hause Bleichröder usurpirten Machtvollkommenheit, und eine auffällige Desavouirung eines verdienten Beamten des eigenen Ressorts. Unserer Meinung nach mußte einerseits das Auswärtige Amt, aus welchem Herr Gerlich nach Konstantinopel delegirt worden, für ihn eintreten, aus politischen Gründen, wie aus Gründen des eigenen Ansehens. Andrerseits hätte dem Auswärtigen Amt aber auch eine gewisse Ingerenz auf das Verhalten des deutschen Vertreters im Administrationsrath zu Konstantinopel zustehen müssen, es hätte ihm, falls es sein Vergehen nicht für richtig oder nicht für opportun hielt, die betreffenden Winke zukommen, die Sache nicht zu dem peinlichen Eclat kommen lassen müssen. Jetzt ergiebt sich die weitere Anomalie, daß Legationsrath Gerlich, der, wie gesagt, keineswegs vollständig aus dem Reichsdienste ausgeschieden ist, in Deutschland und im Ausland auftritt gegen den Konstantinopeler Conseil d'Administration, gegen das Haus Bleichröder, dessen Vorgehen anscheinend die Reichsregierung billigt, und gegen bis heute als legitim geltende Vertretungen. Hat das Auswärtige Amt zu alle dem gar nichts zu sagen?

* Die „Kölnische Zeitung" bemerkt zu der unmittelbar bevorstehenden Veröffentlichung und Berathung der Handelsverträge Folgendes:

Die Natur der Handelsvertragsvorlagen bringt es mit sich, daß Bundesrath und Reichstag an den Einzelheiten der Vorlagen nicht die geringsten Aenderungen vorzunehmen in der Lage sind. Beide stehen vor einem einfachen Ja oder Nein. Der Bundesrath hat die Verträge bereits angenommen. Vor einer schweren und verantwortungsvollen Entscheidung steht der Reichstag; ob wir von unserm wirthschaftspolitischen Standpuncte den Reichstag die Annahme der Verträge mit größerer oder geringerer Wärme ans Herz legen können, darüber können wir uns erst nach Durchsicht derselben schlüssig machen. Thatsächlich gilt schon jetzt in parlamentarischen Kreisen die Zustimmung des Reichstags, und zwar mit ziemlich großer Mehrheit, für gewiß. Bei der letzten Getreidezollvorlage, welche die Zölle auf Weizen und Roggen auf 5 ℳ erhöhte, war die Mehrheit der liberalen Stimmen (67 gegen 20) gegen diese Erhöhung. Es verlautet, daß auch jetzt die große Mehrheit der nationalliberalen Partei die nunmehr vorgeschlagene Herabsetzung auf 3,50 ℳ schwerlich bekämpfen wird. Auch ein großer Theil der ultramontanen Abgeordneten dürfte dieselbe Haltung einnehmen und selbst ein Theil der Conservativen scheint nicht grundsätzlich abgeneigt zu sein, die Herabsetzung bei entsprechender Gegenleistung zu bewilligen. Wir würden es für einen schweren und verhängnißvollen Fehler halten, wenn die Schutzzöllner bei dieser Gelegenheit sich untereinander in die Haare geriethen und den Freihändlern Raum für die Politik des divide et impera gäben. Jeder einsichtige Industrielle wird nur widerstrebend und mit Bedauern darein willigen, daß unseren wichtigsten nationalen Productionsmacht, daß unserer schwer kämpfenden Landwirthschaft erhebliche Opfer auferlegt werden. Denn jeder Patriot muß überzeugt sein, daß ein unaufhaltsamer Niedergang des Bauernstandes das größte nationale Unglück sein würde, welches uns widerfahren könnte. Dieser Gesichtspunct wird bei der Entscheidung sehr gewissenhaft erwogen werden müssen. Wir hoffen, daß demgemäß diese Verträge und ihre Erörterung in das gute Verhältniß zwischen Landwirthschaft und Industrie keinen Mißton bringen werden. Wir müssen andererseits gestehen, daß wir es im Interesse einer Beruhigung thunlichst weiter Kreise nur dringend wünschen, daß im Fall der Annahme die Mehrheit des Reichstags möglichst groß werde; nur in einer überwiegenden Uebereinstimmung der großen Mehrzahl der besonnenen Vertreter des deutschen Volkes können wir eine Bürgschaft dafür erblicken, daß die Handelsverträge in der That so, wie sie vorgelegt werden, den Bedürfnissen der deutschen Volkswirthschaft entsprechen und geeignet sind, dem deutschen Volke zum Heil zu gereichen.

Soweit wir wissen, sollen die Verträge für die Dauer von zwölf Jahren abgeschlossen sein; der große Vortheil, der darin liegt, daß während dieser langen Frist zahlreiche deutsche Industriezweige davor geschützt werden, durch Aenderung der Zollsätze beunruhigt und in einer regelmäßigen gesunden Entwickelung gestört zu werden, darf nicht zum Geringsten als Vortheil der Verträge angerechnet werden, der es vielen Zweigen möglich machen wird, in kürzerer oder längerer Frist etwaige jetzige Opfer auszugleichen.

Die Verträge werden übrigens, wie neuerdings verlautet, dem Reichstag keinesfalls vor Dienstag zugehen.

* Der Verein deutscher Studenten in Berlin hatte bekanntlich aus Anlaß des Virchow-Helmholz-Commerses an Virchow das Ansinnen gestellt, daß er sich auf dem Commers politischer Aufspielungen enthalten solle. Es sind jetzt zwei Mitglieder dieses Vereins wegen der Dr. Virchow zugefügten Beleidigung relegirt worden.

* Wie nach der „Kreuzztg." verlautet, soll seitens des evangelischen Ober-Kirchenrathes an den Pfarrer der Dreifaltigkeitskirche, Consistorialrath D. Dryander, die Anfrage gerichtet worden sein, ob er geneigt sei, die durch Krankheit des Oberhofpredigers D. Kögel zur Erledigung kommende General-Superintendentur der Kurmark zu übernehmen. — Die Genesung des erkrankten General-Superintendenten D. Brückner macht erfreuliche Fortschritte. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß er im Laufe des nächsten Jahres seine Amtsgeschäfte im ganzen Umfange wieder aufnehmen wird.

* Vor einigen Tagen ist der Stadt Berlin ein Legat von 270 000 ℳ für die Errichtung eines Findelhauses zugegangen, und wie gemeldet wird, beläuft sich der aus früheren Vermächtnissen für denselben Zweck angewachsene Betrag auf eine über die Million hinausgehende Summe. So viel bekannt, hat der Magistrat sich bisher darauf beschränkt, die für Findelhäuser bestimmten Legate anwachsen zu lassen, ohne in der Frage der Errichtung einen Beschluß zu fassen. Dennoch muß aus dem Umstande, daß die für einen bestimmten Zweck ausgesetzten Legate — nach Einholung der landesherrlichen Genehmigung — angenommen worden sind, geschlossen werden, daß die Absicht, im Sinne der Testatoren vorzugehen, besteht. Die Scheu, eine vielumstrittene Frage zu berühren, mag es erklären, daß die städtische Verwaltung die Berathung über diesen Gegenstand hinausgezögert hat. Sie wird es, angesichts des nunmehr zur Verfügung stehenden größeren Capitals, nun nicht länger hinschieben können, sich mit ihm zu befassen.

* Die zweite Lesung der Krankencassennovelle ist endlich zum Abschluß gebracht. Da indessen die Entscheidung über eine Reihe von Fragen bis zur dritten Lesung verschoben ist, die darum nicht minder weitschichtig zu werden verspricht, wie die zweite, wenn nicht in der Zwischenzeit Verständigungen erfolgen, so läßt sich noch gar nicht absehen, in welcher Gestalt die Vorlage der Regierung Gesetz werden wird. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß unter Zustimmung der Regierung der Zeitpunct, an dem das neue Gesetz in Kraft treten wird, bis zum 1. Januar 1893 hinaus geschoben ist. Die freien Cassen werden damit die nöthige Frist gewinnen, sich auf die neuen Verhältnisse einzurichten.

* Aus Altenburg wird uns vom 6. December geschrieben:

Dem kürzlich zusammengetretenen diesseitigen Landtage ist eine sehr große Zahl Vorlagen zur Berathung zugegangen, so daß es nicht möglich sein wird, alle Gegenstände noch in diesem Jahre zu erledigen. Vielmehr wird der Landtag, wenn kurz nach Neujahr die neuen Wahlen stattgefunden haben, abermals einberufen werden, um die vorliegenden Arbeiten zu beenden. Von den wichtigsten Vorlagen nennen wir folgende höchste Erlasse: 1) Die Vorarbeiten zur Sonntagsruhe, 2) die Ausführung des Gesetzes über die Invaliditäts- und Altersversicherung, 3) die Vermehrung der Arbeitskräfte bei den Landrathsämtern, 4) Gesetzentwurf über die pensionsrechtlichen und disciplinarrechtlichen Verhältnisse der städtischen Gemeindebeamten, 5) die Gewährung von Pensionen an die verpflichteten Feldmesser und deren Aufnahme in die Staatsdiener-Wittwenkasse, 6) die staatliche Hilfeleistung an die durch die Saalehochwasser geschädigten Gemeinden, 7) die Gewährung einer außerordentlichen Beihilfe an Beamte und Bedienstete des Staates, 8) mehrfache Gewährung von staatlichen Beiträgen zu Brückenbauten u. s. w. Von den Gesammtministerialerlassen erwähnen wir die Erhöhung der Tagegelder für die Landtagsabgeordneten, die Taxation des Forstreviers Jentsch und Neu- resp. Ersatzwahlen von Landtagsabgeordneten. Schließlich sind noch mehrere Bittgesuche eingegangen, aus denen wir nur hervorheben die Petitionen um Erbauung einer Eisenbahn von Altenburg nach Penig oder nach Waldenburg, Petition des deutschen Frauenvereins „Reform" in Weimar um Errichtung eines Mädchen-Gymnasiums oder Zulassung des weiblichen Geschlechts zur Abiturientenprüfung der an den bestehenden Gymnasien eingeführten Maturitätsprüfung, Petition um Errichtung einer Prima am Realprogymnasium in Altenburg u. A. m. Endlich wird auch ein Protokoll über die Verhandlungen der landschaftlichen Specialcommissionen zur Berathung des Bauplanes für das neue Ministerial- und Landschaftsgebäude zur Mittheilung kommen.

* * *

* Am gestrigen Sonntag hat in der Schweiz die Volksabstimmung über den Ankauf der Centralbahn stattgefunden, die von ausschlaggebender Bedeutung für die Verstaatlichungsbewegung in der Eidgenossenschaft sein wird. Obwohl der Bundespräsident Welti gerade in den letzten Tagen mehrmals auf den Plan getreten ist und den Ankauf als unbedingt nothwendig hingestellt hat, fällt die Aussichten für denselben durchaus nicht glänzend; in Bern befürchtet man sogar die Verwerfung der Vorlage. Der Canton Waadt will schon wegen des bisherigen Gegensatzes zu Bern und wegen der Simplonbahn geschlossen gegen den Ankauf stimmen, ebenso Wallis und Freiburg, zum Theile auch Genf und Neuenburg, also die französischen Cantone. Die katholischen deutschen Cantone und Tessin sind gleichfalls unsicher und selbst für Zürich sagt die „N. Z. Ztg." eine bedeutende Minderheit voraus. Ein geschlossenes bejahendes Votum sei nur von Bern, Solothurn und Basel-Stadt zu erwarten, möglicherweise auch von Basel-Land. Vom Canton Aargau wird behauptet, daß sein katholischer Theil einstimmig gegen, der protestantische zur Hälfte für die Vorlage eintreten werde. — Daß die bevorstehenden Befürchtungen nur zu begründet waren, das zeigt sich bereits aus folgenden Meldungen über das Ergebniß der Abstimmung:

Basel, 6. December. Für den Centralbahnkauf sind in Basel 5545, dagegen 2282 Stimmen abgegeben worden.

Bern, 6. December. Nach den bis jetzt eingelaufenen Nachrichten scheint die Vorlage betreffend den Ankauf der Centralbahn mit großer Mehrheit verworfen zu werden.

Basel, 6. December. Zur Stunde sind die Abstimmungsergebnisse sämmtlicher Cantone noch nicht eingelangt, allein schon die bekannten lassen auf eine Verwerfung der Vorlage mit großer Majorität schließen. Die Ost- und die Centralschweiz haben durchgehends verworfen, sogar Zürich mit 49 183 gegen 15 834 Stimmen. Auch Schaffhausen und Glarus haben Nein gesagt.

* Die vlämische Bewegung in Belgien, die sich seit etlichen Jahren aus den ersten Anfängen zu einer erheblichen Bedeutung entwickelt hat, hat einen neuen greifen Erfolg zu verzeichnen: Die Königin Marie Henriette der Belgier ist in Begleitung ihres ganzen Hofstaates, der Minister und des Oberbürgermeisters Buls im Vlämischen Nationaltheater zu Brüssel erschienen. Nach dortigem Gebrauch empfing der Ausschuß der Theaterleitung, mit dem Director Hendrix an der Spitze, die Königin beim Eintritt ins Theater. Der Director begrüßte die Monarchin in französischer Sprache, die hier als die Hofsprache gilt. Die Königin aber erwiderte in vlämischer Sprache und sagte, die Belgier sollten ihrer vlämischen Muttersprache die größte Aufmerksamkeit widmen, denn die vlämische sei die altehrwürdige Nationalsprache Belgiens. Es ist klar, daß diese Kundgebung des Brüsseler Hofes absichtlich veranstaltet wurde und man erblickt darin die Absicht der maßgebenden Kreise, dem hier täglich anmaßender auftretenden Franzosenthum entschieden entgegenzutreten. In den vlämischen Bevölkerungskreisen rufen die Worte der Königin eine wahre Begeisterung hervor, während die Französlinge vorläufig die Sache noch todt zu schweigen suchen. Vermuthlich werden sie, nachdem sie den König Leopold als Vasallen Deutschlands hingestellt haben, jetzt einen Feldzug gegen die Königin eröffnen.

* Am Mittwoch wird eine allgemeine Zusammenkunft der republikanischen Deputirten der französischen Kammer stattfinden. Es sind 381 Einladungen ergangen. Mehrere Deputirte werden beantragen, Delegirte an die Regierung zu entsenden, um sich über die vorzuschlagende Tagesordnung namens der republikanischen Majorität zu berathen, die als Billigung der Interpellation betreffs der Stellungnahme gegen die Geistlichkeit zu betrachten wäre.

* Die Discussion des Budgets der Colonien in der französischen Abgeordnetenkammer ist ein glänzendes Zeichen dafür, wie sehr das Parlament seit 1885 gewisse Erfahrungen beherzigt hat, und da zwischen den Wahlen jenen Jahres, die für und gegen Tonkin und die Ferry'sche Politik überhaupt erfolgt waren, diejenigen von 1889 liegen, so ist logischer Weise anzunehmen, daß dieser Triumph des gesunden Menschenverstandes vom Lande selbst ausgegangen ist. Außer den Beharrlichen spricht heute Niemand mehr von der Räumung Tonkins, Madagascars, qualificirt Niemand mehr die colonialen Unternehmungen der Regierung Ferry's als eine Politik der Erniedrigung vor dem Auslande, der nationalen Schwächung und was der hirnwüthigen Reden früherer Jahre mehr gewesen sind. Der Umschwung der öffentlichen Meinung ist so vollständig durchschlagend, daß man kaum mehr sich in die doch so wenig ferne Zeit der Verketzerung der französischen Colonialexpansion zurückversetzen vermag. Wohl verharren die Pelletan und Clemenceau noch bei ihrer Opposition, wohl raten sie noch warnend, daß Frankreich dringendere Ausgaben zu erwachsen drohen, daß der Blick auf die französische Ostgrenze mehr noth thut, als der Ausblick auf den fernen asiatischen Osten und die afrikanischen Sudanländer, aber mit dem Abhandenkommen der applaudirenden Galerie geht auch die Zuversicht und das Selbstbewußtsein der anticolonialen Opposition verloren, und man fühlt, daß sie mehr aus Rechthaberei, denn aus Ueberzeugung übrigens immer schwächere Anstrengungen macht für ihre schlechte und gewiß unpatriotische Sache. Der gesunde